

## HESSEN

**Dr. Löwenstein fordert „aktive Kinderpolitik“**

Zum Jahr des Kindes hat der Erste Vorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen, Dr. Gerhard Löwenstein, die Politiker und die Tarifvertragsparteien der Wirtschaft aufgefordert, die Verbesserungen, die das steigende Sozialprodukt zulasse, nicht in immer mehr Freizeit zu investieren, sondern in eine aktive Kinderpolitik. Vor der Abgeordnetenversammlung der KV sagte Dr. Löwenstein, wenn hier weiter „gekleckert werde, statt zu klotzen“, könne man der Zukunft der Kinder dieser Generation nur mit schlimmen Befürchtungen entgegensehen.

Der KV-Vorsitzende stellte seinen Überlegungen über die Kinderpolitik Gedanken über den „Generationsvertrag“ voran. Die Mittel, die das arbeitende Mitglied der gesetzlichen Krankenversicherung für die Gesundheitsversorgung der Rentner aufbringen muß, steigen rapide von Jahr zu Jahr. Dies werde als Folge des „Kostendämpfungsgesetzes“ noch anhalten. Löwenstein zog folgenden Vergleich: von dem durchschnittlichen Beitragssatz der gesetzlichen Krankenkassen des Jahres 1965, der damals 9,55 Prozent des Bruttoeinkommens betrug, wurden 0,51 Prozentpunkte als Solidarbeitrag für die Rentnerkrankensversicherung aufgewandt; 1977 waren es bei einem Durchschnittsbeitrag von 11,44 Prozent bereits 1,68 Prozentpunkte.

Die Tatsache, daß die Rentenversicherung bereits jetzt, nach dem „Abschmelzen“ ihres Vermögens, weitgehend von den Allgemeinversicherten finanziert werde, lasse angesichts des Geburtenrückgangs alptraumartige Zukunftsvisionen entstehen: Im Jahr 2000 müßten, wenn die Entwicklung so weitergeht, von jeder verdienten Mark 60 Pfennig für Steuern und Sozialversicherung abgezweigt werden.

Dr. Löwenstein wies auf den offenkundigen Widerspruch hin, der in den letzten Wochen in der Politik deutlich sei. Einerseits stückelten die Bundestagsparteien an „geradezu lächerlich anmutenden Prothese-Lösungen“ für eine positive Familienpolitik herum. Andererseits streike eine Gewerkschaft in einem der wichtigsten Industriezweige um den sogenannten Einstieg in die 35-Stunden-Woche.

Dabei müßten aber alle Bemühungen darauf gerichtet werden, daß in 20 bis 30 Jahren, „wenn die heute Streikenden krank und gebrechlich sein werden, außer Gastarbeiterkindern auch eine Generation deutscher Kinder herangewachsen ist“. Eine immer weitere Verkürzung der Arbeitszeit nützt nach Löwenstein überhaupt nichts, wenn später niemand das Geld für die Altersversorgung aufbringt. pp

## BREMEN

**Humangenetische Beratung: Pränatale Untersuchungen noch lückenhaft**

Wegen mangelnder Kapazitäten besteht zur Zeit in der humangenetischen Beratung nur noch in der pränatalen Diagnostik genetisch bedingter Krankheiten eine Lücke, wie Gesundheitssenator Herbert Brückner auf eine entsprechende Anfrage in der Bürgerschaft mitteilte. Die vorbeugende Beratung auf diesem Sektor sei in Bremen voll gewährleistet, die praktische Durchführung der Diagnostik im Labor sei aber noch nicht in einer genügenden Zahl von Fällen möglich. Die notwendige Ausweitung der Kapazitäten werde zur Zeit zwischen dem Hauptgesundheitsamt und der Universität Bremen besprochen. Insgesamt schätzte Senator Brückner den Bedarf für Bremen und Umgebung auf etwa 100 bis 150 pränatale Untersuchungen im Jahr. EB

## HAMBURG

**Bedarfsplan: Versorgung überdurchschnittlich gut**

Jedem krankenversicherten Bürger in Hamburg steht in zumutbarer Entfernung von seinem Wohnsitz oder Arbeitsplatz aus eine fachlich gegliederte, überdurchschnittlich gute kassenärztliche Versorgung zur Verfügung. Dies ist die Quintessenz aus dem ersten Bedarfsplan für die ambulante ärztliche Versorgung (Stand: 31. Dezember 1977), den die Kassenärztliche Vereinigung Hamburg jetzt als Sonderdruck im „Hamburger Ärzteblatt“ vorgelegt hat. Nach den Kriterien, die bundeseinheitlich in den Richtlinien des Bundesausschusses der Ärzte und Krankenkassen niedergelegt worden sind, ergibt sich für Hamburg eine gegenüber dem Bundesdurchschnitt um etwa 25 Prozent bessere Versorgung mit niedergelassenen und kassenärztlich zugelassenen Ärzten. Von einem Versorgungsgefälle zwischen einzelnen Stadtteilen könne man nicht mehr sprechen; andererseits müsse das Ballungszentrum Hamburg als Einzugsbereich für die in angrenzenden Gebieten wohnende Bevölkerung mit in Betracht gezogen werden.

Für einige Bereiche und für bestimmte Arztgruppen seien gleichwohl noch Verbesserungen wünschenswert. Dies gilt in Hamburg wie auch im übrigen Bundesgebiet insbesondere für die allgemeinärztliche Versorgung wegen des zahlenmäßig nicht ausreichenden Nachwuchses und wegen der Altersstruktur der Kassenärzte. In diesem Zusammenhang wird aber auch darauf verwiesen, daß die Altersstruktur der 2024 an der kassenärztlichen Versorgung teilnehmenden Ärzte „günstiger“ ist als der Durchschnitt der Bevölkerung.

Am 31. Dezember 1977 waren 17,1 Prozent der Kassenärzte, aber etwa 19 Prozent der Einwohner Hamburgs, über 65 Jahre alt. EB